



## Daniela Wagner

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
SPRECHERIN FÜR STADTENTWICKLUNG

STELLV. MITGLIED IM PETITIONSAUSSCHUSS  
MITGLIED IM BAUAUSSCHUSS  
MITGLIED IM VERKEHRSAUSSCHUSS

Daniela Wagner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

BI Lärmschutz Zierenberg@Habichtswald  
Erwin Degehardt  
Hasunger Str. 29  
34289 Zierenberg

**Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin**

Telefon: +49 (0)30 227 – 78 552  
Fax: +49 (0)30 227 – 70 552  
Email: [daniela.wagner@bundestag.de](mailto:daniela.wagner@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Darmstadt**

Lauteschlägerstr. 38  
64289 Darmstadt  
Telefon: +49 (0)6151-61490  
Fax: +49 (0)6151-61401  
Email: [daniela.wagner.ma03@bundestag.de](mailto:daniela.wagner.ma03@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Michelstadt**

Marktplatz 2  
64720 Michelstadt  
Telefon: +49 160 98914660  
Email: [daniela.wagner.ma04@bundestag.de](mailto:daniela.wagner.ma04@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Bensheim**

Gerbergasse 9  
64625 Bensheim  
Telefon: + +49 (0)6251 9409975  
Email: [daniela.wagner.ma07@bundestag.de](mailto:daniela.wagner.ma07@bundestag.de)

07. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Degenhardt, sehr geehrter Herr Appel,  
liebe BI Lärmschutz Zierenberg & Habichtswald,

Herr Gelbhaar hat Ihr Schreiben an mich weitergeleitet, da ich innerhalb der Fraktion  
das Thema Straßenverkehrslärm betreue.

Danke für Ihren Brief und für Ihr Interesse an unserer Position.

Der Straßenverkehr ist seit langem die dominierende Lärmquelle in Deutschland. Hohe Schallpegel und chronischer Lärmstress beeinträchtigen das Wohlbefinden und sie gefährden die Gesundheit. Die Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu Umgebungslärm von 2018 belegen, dass die menschliche Gesundheit unter Lärm stärker leidet, als bis dahin angenommen. In Deutschland fühlen sich nach Erhebungen des Umweltbundesamts 76 Prozent der Bevölkerung durch Straßenlärm gestört oder belästigt. Entsprechend groß ist der Handlungsbedarf. Die Schwellen, ab denen in Deutschland Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden, liegen angesichts dessen insgesamt deutlich zu hoch.

Das trifft insbesondere, wie Sie in Schreiben betonen, auf Bestandsstraßen und die Lärmsanierung zu. Prinzipiell gilt, dass der Lärm an bestehenden Straßen nicht weniger gesundheitsschädlich ist, als an neuen oder wesentlich geänderten Straßen. Deshalb widerspricht die Ungleichbehandlung, zu der die gegenwärtige Rechtslage und Praxis führt, der lärmmedizinischen Evidenz.

Es ist richtig, Lärmschutzansprüche entlang der bestehenden Straßen an diejenigen entlang der neuen und wesentlich erweiterten anzugleichen und diese perspektivisch weiter abzusenken.

Die Hoffnung, dass ein zunehmender Anteil an E-Mobilität die Lärmprobleme löst, ist trügerisch. Denn im PKW-Bereich dominiert das Rollgeräusch die Gesamtemission bereits bei verhältnismäßig niedrigen Geschwindigkeiten.

Wir sind der Auffassung, dass der Neu- und Ausbau von Straßen aus mehreren Gründen auf den Prüfstand gehört. Das hat mit der Klimawirkung durch zusätzliche, induzierte Verkehre zu tun, mit der Versiegelung und weiteren Zerschneidung von Flächen und mit wachsenden Problemen, die bereits bestehende Infrastruktur in Schuss zu halten. Stattdessen sollen mehr Mittel für den Erhalt und den Lärmschutz bereitgestellt werden.

Neben der bestehenden Rechtslage ist Geld aber nicht das einzige Problem. Die Mittel, die im Bundeshaushalt für die Lärmsanierung an Bundesstraßen und Autobahnen bereitstehen, wurden seit Jahren nicht annähernd vollständig abgerufen. D.h. es fehlt an geeigneten Strukturen, die Haushaltsmittel schleunigst ihrer Bestimmung zuführen. Auch das muss unbedingt in den Blick genommen und verbessert werden.

Es fehlt aber auch an rechtlichen Möglichkeiten, aus Lärmschutzgründen Geschwindigkeitsbeschränkungen an besonders belasteten Streckenabschnitten anzuordnen, zumindest so lange, bis wirksame bauliche Maßnahmen ergriffen worden sind. Denn Geschwindigkeitsbeschränkungen sind sofort und kostengünstig zu haben und machen den Straßenverkehr daneben auch sicherer.

Insgesamt ist die Aufgabe Lärmsanierung riesig. Die Bundesregierung konnte den erforderlichen Aufwand auf unsere Nachfrage nicht beziffern. Es wäre unrealistisch, ein gutes Lärmsanierungsprogramm zu versprechen, das rasch zu einem Abschluss kommt. Geduld bleibt leider erforderlich. Ich bin aber überzeugt, dass das Programm – den entsprechenden Willen vorausgesetzt – deutlich verbessert und beschleunigt werden kann. Dieser Wille ist bei mir und meiner Fraktion unbedingt vorhanden. Sie können meine Antwort gerne auf Ihrer Homepage veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

